

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

66 (18.3.1899) Parlaments-Ausgabe

Ausgabe:
Abg. 12. 1/2 mal.
Abonnementpreis:
vierteljährlich:
in Karlsruhe durch
eine Agentur bezogen:
2 Mark 50 Pf., in
das Haus gebracht:
2 Mark 80 Pf., durch
die Post ohne Zustell-
gebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

Angelgebühren:
Die 1/2paltige Kolo-
nialzeitung oder deren
Raum für 2 o t a l o
Inserate 15 Pf., für
auswärtige In-
serate 20 Pf., im
Kellerteil 60 Pf.
Bei größeren Auf-
trägen entsprechenden
Rabatt.

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Karlsruhe, den 18. März 1899.

Parlaments-Ausgabe.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung vom 16. März.

Das Haus und die Kommission sind sehr gut beleuchtet. 1 Uhr. Am Bundesratspräsidenten Fürst Hohenlohe, v. Gohler, v. d. Recke, v. Rodewisch, v. Helldorf, v. Helldorf u. a. Es herrscht solche Unruhe im Hause, daß der Präsident Graf Wolffstrein dringend um Ruhe bittet, daß sonst selbst die Stenographen nichts hören könnten.

Zur Debatte stehen zunächst in zweiter Beratung einige Kapitel aus dem Etat des Reichsamts des Innern, die wieder an die Budgetkommission zurückverwiesen waren. Es handelt sich dabei um Besoldungen um Positionen, die Gehälter von Kanzleibeamten bei den mittleren und oberen Behörden betreffen. Es war der Wunsch ausgesprochen, diese Beamten mit denen der Regierung gleichzustellen. Die Regierung hatte eine ablehnende Erklärung abgegeben. Die Kommission beantragt danach, die Etatartikel unverändert zu bewilligen.

Die Abg. Graf v. Helldorf (Welle) und Graf v. Helldorf (Fou) verichten mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage auf das Wort. Die Kapitel werden dem Kommissionsbeschluss entsprechend angenommen.

Damit ist die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern erledigt.

Es folgt die zweite Beratung einiger an die Budgetkommission zurückverwiesener Kapitel aus dem Postetat.

Es handelt sich in diesen Kapiteln um Stellenzulagen von Beamten, die Kommission hat vorgeschlagen, auch den Telegraphen- und Telegraphen-Beamten solche Zulagen zu gewähren.

Das Haus beschließt die dem Antrag der Kommission gemäß.

Ein Antrag des Abg. Baffermann (nl.), die veränderten Regierungen zu erlauben, dahin zu wirken, daß bei der veränderten Regelung des Gehalts der Postdirektoren eine Schädigung der jetzt im Amte befindlichen Direktoren gegenüber dem früheren System vermieden werde, wird ohne Debatte abgelehnt.

Der Reichstag beschließt die folgenden Resolutionen vor:

1) Den Reichsanwalt zu erlauben, durch den Etat für 1900 die Gehaltsstellen für die Bureauassistenten und Kanzlisten des Reichs-Post- und Telegraphenverwaltungen, Post- und Telegraphenassistenten und Postverwalter auf 1500, 1700, 1900, 2100, 2300, 2500, 2700, 3000 Mk. auf 1500, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000 Mk. festzusetzen.

2) den Reichsanwalt zu erlauben, für die gehobenen Postbeamten — Aufseher auf Bahnhöfen und Postämtern, Leiter des Postdienstes, Briefsortierer, Bahnpostassistenten auf den Hauptbahnen, Geldbesitzer und Telegraphenassistenten — auf den Gehältern der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

3) den Reichsanwalt zu erlauben, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

4) den Reichsanwalt zu erlauben, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

5) den Reichsanwalt zu erlauben, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

6) den Reichsanwalt zu erlauben, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

7) den Reichsanwalt zu erlauben, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

8) den Reichsanwalt zu erlauben, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

9) den Reichsanwalt zu erlauben, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

10) den Reichsanwalt zu erlauben, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

11) den Reichsanwalt zu erlauben, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

12) den Reichsanwalt zu erlauben, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

13) den Reichsanwalt zu erlauben, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen, die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten, die in der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt sind, die Gehälter zu erhöhen.

knüpfen. Der Kern einer derartigen Militärvorlage stellen sich außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. Auf dem weiten Gebiet des Militärsystems regt es sich überall; neue Bedürfnisse, neue Erscheinungen treten zu Tage; man strebt nach Vervollständigung. Zunächst ist ein fester Punkt kaum zu finden, aber allmählich tritt doch eine Kristallisation ein, die die Grundlage der Arbeit bildet, und dem stillen Entschluß folgt dann die mühselige Arbeit, endlose Zahlenreihen festzustellen. Und dann kommt noch die ganz unvermeidliche Rücksicht auf politische und finanzielle Faktoren hinzu. Wenn ich den Weg überdauere, den auch diese Vorlage gemacht hat, dann wird man von dem Verfasser derselben eine bestimmte Eigenschaft verlangen, die Beharrlichkeit. Beharrlich bis zuletzt bin ich aus diesem Grunde auch bei dieser Vorlage.

Wenn ich die Beschlüsse der Kommission mir vergegenwärtige, die dem hohen Hause zur Beratung vorgelegt sind, dann muß ich frei und offen anerkennen, daß Bewilligungen darin enthalten sind, welche ganz ungewöhnliche Fortschritte der Arme bedeuten. Es sind das Fortschritte, die unter Umständen eine Entscheidung herbeiführen können. Ich will mich auf die Details nicht einlassen, sondern mich darauf beschränken, die einzelnen Waffen zu betrachten, die mir befehlen. In erster Linie erhalten wir eine Reorganisation der Feldartillerie, eine Organisation von solcher Bedeutung, daß die Feldartillerie dadurch in einem bisher nicht gedachten Sinne ein vorzügliches Werkzeug der obersten Kriegsführung wird. Eine ganz neue Waffengattung, die Verfeinerungen unter einheitlicher Führung, eine Truppe, die berufen ist, der Seeartillerie die Möglichkeit zu geben, große Massen zu bewegen und Befehle rechtzeitig zu erhalten. Von der Kavallerie ist der Mann genommen worden, der bereits 30 Jahre lang auf ihr gelacht hat; es sind Reformationen vorgenommen und es ist das Bedürfnis nach diesen anerkannt worden. Wenn auch diese Reformationen in bescheidenen Grenzen gehalten sind, so werden sie doch für die Kavallerie von besonderem Wert sein. Die Husaren, Pioniere und Train haben die nötige Verfeinerung erfahren.

Eine einzige Waffe ist in viel geringerem Grade verfeinert worden, und zwar gerade die Hauptwaffe, die Infanterie. Ohne eine gute Infanterie ist eine entscheidende Aufgabe überhaupt nicht zu lösen. Sie ist die lebendige Kraft des Heeres. Das Schicksal des Krieges hängt wesentlich davon ab, ob die Infanterie ausreichend geübt ist und sich in der gehörigen Disziplin und Organisation befindet. Den Anforderungen, welche an die Infanterie gestellt werden müssen, kann diese nur gerecht werden, wenn sie im Frieden die richtige Ausbildung genossen hat.

Um das zu erreichen, darf man nicht vergessen, daß eine Infanterie, die eine längere Dienstzeit hat, verhältnismäßig schwere Mehrkosten erhält, während sie bei einer Infanterie mit zweijähriger Dienstzeit erheblich spart. Eine Infanterie mit zweijähriger Dienstzeit braucht einen starken Substrat aus alter Mannschaften, sonst sinkt sie auf das Niveau einer Rekrutenkompanie herab. (Sehr richtig! richtig!) Die Rekrutenstärke muß demnach so beschaffen sein, daß die zweijährige Dienstzeit mit vollem Erfolge für die Ausbildung der Truppen durchgeführt werden kann. In der Budgetkommission ist der Gedanke hervorgebracht, durch Einschränkung der Abkommandierungen die erforderliche Rekrutenstärke zu erreichen. Das würde aber jährlich Kosten in Höhe von 20 Millionen erforderlich sein (Hört, hört! richtig! Widerspruch im Centrum), während die geforderte Erhöhung der Rekrutenstärke nur eine Ausgabe von 2 1/2 Millionen nötig macht. Das, was wir fordern, hält sich in den minimalen Grenzen. Ich gebe zu, daß, wenn man die Marine hinzurechnet, die Stärke unserer gelandeten Waffen etwas mehr beträgt, als ein Prozent der Bevölkerung — aber lediglich nach der Verfassung von 1895. Zeit- aber haben sich die Verhältnisse wesentlich verschoben. Ich erinnere Sie bei dieser Gelegenheit daran, daß in dem Gesetz von 1893 dem Kaiser die außerordentliche Ermächtigung erteilt wurde, Mannschaften unter gewissen Verhältnissen auch nach Ablauf ihrer Dienstzeit noch länger bei den Fahnen zu behalten. Es ist aber von diesem Mittel, die notwendige Rekrutenstärke zu erhalten, sehr selten Gebrauch gemacht worden, und die Mannschaften dadurch nicht zu sehr ihren bürgerlichen Verhältnissen entzogen. Das Richtige wird darum immer sein, die Rekrutenstärke von vornherein so festzusetzen, daß sie allen Eventualitäten entspricht.

Ich kann nur noch einmal vom militärischen Standpunkte aus die dringende Bitte an Sie richten: Nehmen Sie die Präsenzstärke der Vorlage an, sie bildet die Grundlage der Fortentwicklung unserer Infanterie; wird die Forderung nicht genehmigt, so tritt sie unabweisbar wieder auf. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. Dr. Lieber (Str.): Ich kann es dem Kriegsminister durchaus nachsagen, wenn er von seinem Standpunkte als Soldat aus die Forderungen der veränderten Regierungen bis zum letzten Augenblicke anrecht erhält. Die Art, wie er das getan hat, ist so voll Anerkennung für die Mehrheit der Kommission gewesen, daß das, was noch von seinem Standpunkte aus zu wünschen übrig blieb, mich der Verabsichtigung überhebt, heute mit ihm in eine neue sachliche Polemik einzutreten. Ich bin vielmehr hierhin getreten, um von dem selbständigen Kriegsminister an den politischen Bundesrat und Reichsanwalt Beratung einzulangen.

Ich habe schon bei der zweiten Beratung dieses Entwurfs darauf hingewiesen, daß neben den soldatischen Gesichtspunkten finanzielle und politische wesentlich in Betracht kommen. Ich freue mich, daß der Kriegsminister das heute selbst ausdrücklich anerkannt hat. Von diesen Bedenken ausgehend, sind meine politischen Freunde neuerdings in Erwägungen eingetreten, ob es nicht möglich sei, noch in der dritten Lesung eine Verständigung anzubahnen. Das Ergebnis dieser Erwägungen liegt in unseren Änderungsanträgen vor. Wir würden diese nicht eingebracht haben, wenn in der 2. Lesung von Bundesratsbüros aus das Wort „unannehmbar“ gegenüber den Beschlüssen der Kommission zu hören gewesen wäre. Das war nicht der Fall. Wir würden sie nicht eingebracht haben, wenn nicht diejenigen Parteien, die in der Kommission mit uns die Mehrheit bildeten, sich ihre Entschlossenheit für die dritte Lesung in der zweiten Lesung ausdrücklich vorbehalten hätten. Ohne auf die Bedenken aus dem Schoße dieser Parteien im Einzelnen zurückzukommen, muß ich doch anerkennen, daß bei allen Inbegriffen aber bei denjenigen des Sprechers der deutschen Reichspartei der Wunsch durchklang, es möge bis zur dritten Lesung gelangen, einen Weg der Verständigung zu finden. Diese Wollade und die dringende Gefahr für das Vaterland, wenn es nicht gelang, eine solche Verständigung herbeizuführen, haben auch meine politischen Freunde vor das volle Bewußtsein der Verantwortung gestellt, welche sie auf sich nehmen, wenn sie ihrerseits jede Forderung eines solchen Verständnisses ablehnen. So haben wir also erwogen, ob, ohne von den Beschlüssen der Kommission im Wesentlichen abzuweichen, doch ein Weg gefunden werden könnte, durch den die schwere Krise sich vermindern ließe, die andernfalls das deutsche Vaterland bedroht hätte. Wir haben uns nicht verheißt, daß eine Auflösung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblicke eine Zeit budgetloser Regierung über das Reich herbeibringen ließe, deren Anfang man wohl kennt, deren Folgen und Ende aber nicht abzusehen wären.

Aus allen diesen Gründen schlagen wir Ihnen diejenigen Ab-

änderungen an dem Gesetzentwurf vor, welche in der Resolution ihren Ausdruck gefunden haben. Wenn die Zahl der Abkommandierungen vermindert würde, in der Weise, daß namentlich die Verfeinerungsmannschaften durch Handwerker gegen Lohn ersetzt werden, so würde damit ein lebhafter Wunsch der Mehrheit der Budgetkommission endlich erfüllt werden. Wir haben diesem Wunsche wiederholt Ausdruck gegeben, nicht allein, um die Verwendung jener Mannschaften im Dienste zu ermöglichen, sondern auch im Interesse der bürgerlichen Arbeiter. Wir wissen sehr wohl, daß namentlich für den Fall einer Mobilmachung ein gewisser Stamm von Militärführern auch in den Verfeinerungsmannschaften immer wieder vorhanden sein müssen; aber daß in einem weiteren Umfang ohne allen erheblichen Kosten eine Ersetzung durch bürgerliche Arbeiter stattfinden kann, liegt auf der Hand. Was 3000 Militärführer kosten, kann von 1200 bürgerlichen Handwerkern geleistet werden; das ist in der Budgetkommission nachgewiesen worden. Wenn der Kriegsminister sagt, die Einschränkung der Abkommandierungen würde 20 Millionen kosten, so lassen sich alle Mitglieder der Budgetkommission dadurch nicht gräulich machen. Wenn wir solche Zahlen hören, so behalten wir uns immer vor, die Faktoren nachzuprüfen, und ich bin überzeugt, wenn es wirklich an die Ausführung dieses Wunsches heranginge, dann würden sich die Kosten viel glimpflicher gestalten, als sie der Kriegsminister berechnet. Mit solchen Summen kann er doch höchstens auf angestrichelte Gewässer Eindruck machen. Die Hauptsache ist auch für meine politischen Freunde die Resolution betreffend die event. spätere Verneuerung der Infanterie. Diese Resolution geht auf den Wunsch, die zweijährige Dienstzeit, die auch wir als hoch zu schätzendes Gut und als wertvolle Erzeugnisse ansehen, aufrecht zu erhalten und zu einer dauernden Einrichtung der Bundesverwaltung zu machen. Wir erkennen an, dieser Zweck ist ein gewissermaßen wertlos, aber die Resolution behält sich vor, erst nachdem der Nachweis erbracht ist, daß es unmöglich ist, mit den jetzigen Bewilligungen die zweijährige Dienstzeit aufrecht zu erhalten, in eine neue gesetzgebende Erwägung der Erhöhung der Rekrutenstärke einzutreten. Wir bitten die Regierungen, erst einmal den Versuch zu machen, mit derjenigen Erhöhung der Rekrutenstärke, welche die Kommission ihnen vorschlägt, die zweijährige Dienstzeit zu einer noch dauernden gesetzlichen Festlegung geübt wurde, haben und dabei die Regierungen angewendet. Dazu ist die Probe noch nicht in ausreichendem Maße gemacht. Ich bitte die Regierungen, die Probe daraufhin zu machen, ob die zu bewilligenden Verfeinerungen nicht doch genügen, und wir sind umso mehr berechtigt, eine solche Probe zu verlangen, als ja alle neueren Militärvorlagen bereits auf der Basis der neuen Rekrutenorganisation beruhen, und als man schon 1893 sehr zweifelhaft darüber war, ob nicht die gesetzliche Durchführung der zweijährigen Dienstzeit mit erheblichen Schwierigkeiten, sehr viel erschwerter, als heute die die Kommission fordert, möglich sei. Damals haben sich die Regierungen den Absichten des Reichstages angeschlossen. Darum sagen wir auch heute: Warum so kümmerlich? (Beifall rechts.) Machen Sie nur erst einmal den Versuch mit der geringeren Zahl, und wenn dieser mißlingen sollte, dann können wir weiter beraten. Unser Antrag ist um so leichter annehmbar, als ja — worauf auch der Kriegsminister hinweist — dem obersten Kriegsherrn jedes Mal, wenn das Reich in irgend eine gespannte politische Lage kommt, das Recht zusteht, Kraft eigener Machtvollkommenheit gewisse Mannschaften über ihre Dienstzeit hinaus bei den Fahnen zu behalten, und die Lücke des Gesetzes anzufüllen. Das ist der Standpunkt, von dem aus wir die Resolution empfehlen und zu einer Verständigung mit den Regierungen zu gelangen hoffen. Es ist uns nicht abzulehnen geworden, die Ihnen unterbreiteten Vorschläge zu machen. Wir wissen ganz genau, was die Herren von der Linken daraus machen werden (Lachen links), obgleich wir überzeugt sind, daß es auch Ihnen recht angenehm ist, wenn der Reichstag nicht aufgelöst wird. (Beifall rechts.)

Wir wissen auch ganz genau und haben das Bewußtsein davon mit aller Vaterlandsliebe nicht aus dem Herzen zu reißen vermocht, daß die Behandlung, die die ganze Sache bisher gefunden hat, nicht so einladend für uns war, noch mit einem Vermittlungsversuche an Sie herangetreten. (Beifall rechts.) Ich kann den verbundenen Regierungen und auch der Heeresverwaltung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie es im Grunde nicht um uns verdient hat. (Große Heiterkeit und lebhafter Zustimmung im Centrum.) Aber wir stehen einer solchen Politik mit größter Gelassenheit gegenüber, denn über das Parteiinteresse und jede persönliche Empfindlichkeit geht meine Freunde die Liebe zum Vaterland und der Wunsch, mit den verbundenen Regierungen und denjenigen Parteien, mit denen wir schon so manche vaterländische Werte zu Stande gebracht haben, im Dienste des Vaterlandes auch heute dem Frieden zu dienen. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen unsere Anträge. (Beifall rechts im Centrum.)

Reichsanwalt Fürst v. Hohenlohe: Meine Herren! Der Herr Kriegsminister hat heute nochmals den militärisch-technischen Nachweis geführt, daß die Forderung der Bundesverfeinerung notwendig die Ausbildung unserer Heeresmacht, wenn sie in ihrem vollen Umfange zur Durchführung gelangt.

Im Hinblick jedoch auf die militärische Wichtigkeit, welche die von Ihrer Kommission in zweiter Lesung bewilligten Formationen besitzen und in der Erwägung, daß deren Durchführung eine Verzögerung nicht erleiden darf, haben sich die verbundenen Regierungen entschlossen, der Vorlage auch in der veränderten Form, wie sie aus dem heute eingebrachten Antrage sich ergibt, zuzustimmen.

Diese Erklärung vermag ich indes Namens der verbundenen Regierungen nur unter dem Vorbehalt abzugeben, daß dieselben entschlossen sind, vor Wendigung der gesamteten Organisation an das hohe Haus mit ermittelten Anträgen heranzutreten (Hört, hört! links), welche die Durchführung der gegenwärtigen Vorlage in ihrem vollen Umfange sicherstellen.

Aus der von Mitgliedern des hohen Hauses beantragten Resolution, welche die gleiche Eventualität in Aussicht nimmt und befehlend zur Annahme gelangen wird, und nach den eben gehörten Erklärungen des Herrn Dr. Lieber glauben die verbundenen Regierungen die feste Zusage zu dürfen, daß ihre in der Vorlage gestellten Forderungen, wenn auch nicht zur Zeit, so doch noch rechtzeitig für die vorgeschlagene Organisation die Genehmigung des hohen Hauses finden werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Levetzow (l.) erklärt, seine Partei werde nach dieser Erklärung für die Beschlüsse zweiter Lesung und für die heutigen Resolutionen stimmen. Sie werden hierbei von ersten patriotischen Erwägungen geleitet und der höchsten Ansicht, daß in nicht zu fernem Zeit eine Verständigung über die vollen Forderungen der Regierung geschehen werde, da die jetzige Bewilligung wohl nur auf ein Jahr gelte. (Widerspruch im Centrum.)

Abg. v. Kardorff (Rp.) bemerkt, auch seine Partei werde den Beschlüssen der zweiten Lesung und der Resolution zustimmen, sehe es aber bestimmt voraus, daß die Regierung im nächsten Jahre mit einer Reorganisation kommen müsse. Er treue sich, daß für diesmal der drohende Konflikt beseitigt sei zum Segen des Vaterlandes. (Beifall.)

Abg. Baffermann (nl.): Die Aufstellungsstimmung, die über diesen Namen bereits schwelte und sich bei einzelnen Mitgliedern schon zu einer vollständigen Gewißheit verdichtet hatte, ist heute

weiskunden und wir werden die Militärvorlage zu einem hoffentlich glücklichen Ende führen.

Meine politischen Freunde begrüßen die Thatsache, daß eine Einigung erzielt worden ist, mit Genugthuung. Wir hätten es auf das Beste bedauern müssen, wenn ein Konflikt erwachsen wäre, einmal mit Rücksicht auf den Eindruck, den derartige Konflikte im Ausland nicht verfehlen zu machen (Sehr richtig) und dann auch wegen des Einflusses, die solche Konflikte auf unsere Verhältnisse im Innern ausüben müssen. (Sehr richtig) Wenn die bürgerlichen Parteien über solche Fragen der Landesverteidigung in Uneinigkeit gerathen und sich im Wahlkampf bekämpfen, so ziehen daraus in erster Linie die Sozialdemokraten die Früchte für sich. (Sehr richtig) Bei den N. Hortl hört bei den Soz.) Aber auch nach einer anderen Richtung wissen wir ganz genau, daß auch in Deutschland Elemente in Thätigkeit sind, die einen Konflikt nicht ungern sehen, einen Konflikt, der ihnen diejenigen Bestrebungen zu fördern scheint, die schließlich auf eine Abänderung der Verfassung zielen, Bestrebungen, die, wenn sie zum Durchbruch gelangen sollten, nur mit schweren inneren Wirren verbunden sein könnten. (Sehr richtig) Unsere Aufgabe kann es nicht sein, solche Bestrebungen durch einen Konflikt in Militärfragen zu fördern. Ein weiterer Gesichtspunkt, der für uns in den Vordergrund tritt, ist folgender: Der Kriegsminister hat heute hervorgehoben, welche großen Vorteile gerade in der bewilligten wichtigen Waffe der Artillerie in den Kommissionsbeschlüssen liegen, welche die ganze Organisation auf eine neue Grundlage stellen. Solche Vorteile darf man nicht durch einen Wahlkampf aufs Spiel setzen.

Im Uebrigen hat bereits mein Freund Dr. Sattler bei der zweiten Lesung unsere Stellungnahme zur Gesamtvorlage für die dritte Lesung vorbehalten. Wir hätten unersättlich gewünscht, daß die gestrichenen 7006 Mann bewilligt worden wären. Wir haben auch durch unsere Abstimmung in zweiter Lesung diesem Wunsche Ausdruck gegeben. Wenn wir nunmehr auf die Wände treten, die uns in dem Antrage Abg. Lieber geboten ist, so geschieht das einmal in Rücksicht auf die Erklärung des Reichskanzlers und die dadurch bedingte Übernahme der Verantwortlichkeit seitens der Regierung, die Erklärung, welche darauf abzielt, daß die veränderten Regierungen den Versuch machen wollen, mit der in der Kommission bewilligten Friedenspräsenzstärke auszukommen. Selbstverständlich muß dies Verantwortungsgefühl der Regierung eine große Rolle spielen. Der Abg. Lieber hat in seiner Erwiderung gegenüber meinem Freunde Sattler diesen Gesichtspunkt hier des Näheren beleuchtet. Aber wir können doch feststellen, daß mit diesem Verantwortungsgefühl der Kriegsverwaltung auch das Centrum zu rechnen gerechtfertigt war, und daß gerade in die Resolutionen, die vom Centrum ausgehen, den Gesichtspunkt der Kriegsverwaltung nach eventuellem Ausbruch sich zeigender Schäden durch zu geringe Bewilligungen Rechnung getragen ist. (Sehr richtig) Selbstverständlich kann sich der Reichstag niemals seiner eigenen Verantwortung entziehen. Er muß nicht nur prüfen, ob die Forderungen notwendig sind, sondern er hat auch die Leistungsfähigkeit des Volkes zu prüfen. Diese Prüfung war selbstverständlich in den Aufhebungen meines Freundes Sattler durchaus vorbehalten. (Sehr richtig) bei den Nationalliberalen. Widerspruch im Centrum.)

Wir bedauern, daß die 7006 Mann gestrichen sind. Allein die Zustimmung zu der Kommissionsvorlage wird auch durch die Annahme der Resolution betreffend die event. spätere Vermeidung der Infanterie erleichtert. Wenn man, wie wir, von der Nothwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit überzeugt ist, so muß man auch die erforderlichen Opfer an Geld und Mannschaften bringen, um sie anzufrei zu erhalten.

Die Zustimmung zu dem Antrage des Abg. Lieber und Genossen wird und ermöglicht auf der einen Seite durch die heutige Erklärung des Reichskanzlers und auf der anderen Seite durch die Zustimmung des Centrum, eventuell auch während der Dauer des Duinquenniums in eine Wahrung der Frage einzutreten, ob die bewilligte Differenz ausreicht ist. Was die Resolution bezüglich der Bekleidungsänderung anlangt, so wird der Versuch zeigen müssen, in welchem Umfang es möglich sein wird, die Defonomebandwerker bei den Bekleidungsämtern abzugeben und an deren Stelle Civilarbeiter einzusetzen.

Wir stimmen also für die Anträge des Abg. Dr. Lieber und freuen uns, daß es im letzten Moment noch gelungen ist, den Konflikt zu vermeiden. Wir sind auch der Ansicht, daß diese Freude von vielen Vaterlandsfreunden im Lande getheilt werden wird. (Lebhafter Beifall bei den Nat.-Lib. und Rechts.)

Abg. Nicker (Pres. Ver.) wendet der Älteren den Rücken und bleibt dabei fast unverständlich erklärt, daß seine Partei in Konsequenz ihrer früheren Haltung für die Kommissionsbeschlüsse und die Resolution Lieber stimmen werde.

Abg. Nicker (Pres. Ver.): Die Kommissionsvorlage fordert schon 17 000 Mann und 25 Millionen mehr. Die Bedeutung des Aufwands darf aber trotzdem nicht unterschätzt werden, besonders nicht nach den Erfahrungen der letzten Tage und nach der Haltung des Kriegsministers. Der Kriegsminister sprach von den langjährigen Arbeiten und den mühsamen Berechnungen für die Vorlage. Aber dies gilt doch für jede Regierungsvorlage. Soll also deshalb der Reichstag nicht selbst entscheiden können? Es würde hier beinahe die Lehre von dem beschränkten Unterhausverständnis, wenigstens in rebus militaris, proklamirt. Wenn wir Alles thun wollen, was die Militärverwaltung uns vorschreibt, dann haben wir den Militärbudgetmangel. Es scheint die Ansicht geltend gewesen zu sein, daß man nur zu fordern brauche zu Wasser und zu Lande. Wenn wir das bewilligen wollten, würden wir bald zu einer Verwirrung aller andern militärischen Ideale gekommen sein. Wenn der Reichstag nachgegeben hätte, so würde das ein Zurückweichen des Reichstages sein, die ihn nicht zur Ehre gereichte. Der Abg. Wassermann nannte die Hauptresolution eine Brücke, Gewiss, aber eine Brücke zum Wimarier für eine unhaltbar gewordene Position. Auch einem Gegner, der sich tapfer geschlagen hat, macht man solche Sonnets. (Sehr richtig) Eigentlich sagt die Resolution etwas Selbstverständliches, denn wenn die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Armee überzeugender nachgewiesen werden könnte, als es jetzt geschehen ist, würden auch andere Parteien dafür gestimmt haben. Die zweijährige Dienstzeit an sich hat mit der Erhöhung der Präsenzstärke nichts zu thun. Wenn wir wissen, daß in höheren Regieren die Zustimmung für die zweijährige Dienstzeit ebenmäßig als günstig ist, haben wir wieder den Antrag eingebracht, die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festzulegen. Allerdings machen wir uns über das Schicksal des Antrages keine Illusionen. Eine Abstimmung der Defonomebandwerker würde ich mit Freuden begrüßen. Seit 30 Jahren habe ich für diesen Gedanken gekämpft. Ich überreichte auch die hohen Zahlen des Kriegsministers nicht. Es ist doch eine ungeliebte Welt, daß jetzt, wo wir etwas wollen, der Kriegsminister uns mit den großen Kosten gewaltsam zu machen versucht. (Heiterkeit.) Die Anträge, betr. die Kavallerie halte auch ich für unannehmlich. Aus den Kommissionsverhandlungen habe ich den Eindruck, daß sich in dieser Beziehung in höheren Regieren die Anschauungen kennen und daß man noch nicht zu einer festen Auffassung gekommen ist. Das Charakteristische an der ganzen Vorlage ist, daß sie kein abgeschlossenes Ganzes ist, daß sie gewissermaßen nur einen Rahmen für weitere Bewilligungen bildet. Man kann hier fast von einem Wechsel auf die Zukunft sprechen. Wo will das denn alles hinaus? Wir bedauern daher, von unserer bisherigen Haltung nicht abgehen zu können. Woher ist eigentlich die plötzliche Wendung in dieser Sache gekommen? In der Kommissionsabstimmung von Mittwoch war man allseitig, sowohl auf der rechten, als auch auf der linken Seite, als auch auf Seite der Regierung selbst davon überzeugt, daß man mit diesen Beschlüssen auskommen könnte. Der Kriegsminister hat selbst davon gesprochen, Berechnungen darüber anzustellen, wie er damit auskommen könnte. Und dann erfolgte plötzlich die Wandlung. Woher kam dieselbe? Hatte man vorher keine Fühlung mit dem Monarchen genommen? All dies erweckt doch den Eindruck, daß nicht alles so geordnet ist, wie es sein sollte, sonst könnten Gegenstände mit solcher Schärfe doch nicht so plötzlich noch veräußert werden. Ich bin der Meinung, daß bessere Vorkehrungen getroffen werden müssen, wenn nicht plötzliche Krisen eintreten sollen, die nach Möglichkeit zu vermeiden, wir doch alle wünschen. (Beifall links.)

Abg. Webel (Soz.): Heute sieht man die Herren, die am

Dienstag ganz betrübt waren, wieder ganz vergnügt, das Anwerter ist vorbei; es laßt wieder der Himmel. Das Centrum, das schon bei der Marinenvorlage im Schlepptau der Regierung lag, hat seine Anträge eingebracht und eine Verständigung ist erzielt worden. Man hat sich wohl der Ansicht nicht verschließen können, daß von einer Auflösung nur die Sozialdemokratie Vortheil haben würde. Das Centrum hat heute einen Wechsel auf Sicht ausgespielt, den es einlösen muß. (Widerspruch im Centrum.) Es ist nicht wahr, daß das Centrum heute nur denselben Standpunkt eingenommen hat, den es von jeher einnahm. Früher war das Centrum in der Opposition, jetzt aber bewilligt es eine Militärvorlage nach der andern. Wenn die Herren auf der Rechten trotz der Deutlichkeit. Das sind dieselben Herren, die ihren Widerspruch gegen die Kanalarvorlage nur damit begründeten, daß die Kanalbauarbeiten der Landwirtschaft zu viel Arbeiter entziehen. Man verweist auf Frankreich, aber schon bei der letzten Militärvorlage wurde uns von der Militärverwaltung gesagt, daß Frankreich an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt sei. Die eloh-leibbringende Frage ist nach meiner Uebersetzung längst überwunden. Die europäischen Regierungen müssen endlich von den Paroxysmen gewungen werden, den Weg der friedlichen Verständigung einzuschlagen. Heute geht es nur eine Partei, die dafür eintritt, und das ist die Sozialdemokratie. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weitz (Hörsler) erklärt Namens einer Anzahl seiner Freunde, daß sie gegen die Regierungsvorlage und auch gegen die Kommissionsvorlage seien. Der Antrag der Gruppe sei jetzt schon gefordert, die bisherigen Truppen zu erhöhen.

Kriegsminister von Gopler (schwer verständlich): Auf die Bemerkungen des letzten Redner brauche ich wohl wenig einzugehen, wie auf die des Abgeordneten Webel. Es ist wohl möglich, daß wenn die Wünsche des Abg. Webel in Erfüllung gehen, daß dann für seine Parteigenossen Annehmlichkeiten geschaffen werden, aber für die übrigen würde doch der Krieg und noch dazu im Innern erst beginnen. All die Gründe, die der Abg. Nicker vorgebracht hat, sind in der Kommission schon erörtert worden. Von den Vorgehens in dieser Kommission hat der Abg. Nicker ein ganz falsches Bild gegeben: Es scheint sich beinahe eine Art Legende über diese Sitzung gebildet zu haben. Als der Antrag auf Erhöhung der 7006 Mann in der Kommission eingebracht wurde, hatte ich noch keine Instruktionen darüber. Man hat mir vorgelesen, ich hätte rechtzeitig einen Bundesratsbescheid herbeiführen sollen — auch die „Nationalzeitung“ hat mir diesen Vorwurf gemacht. Aber das ist doch ein ganz werthwürdiger Vorwurf, ich kann einen Antrag, den ich gar nicht kenne, von dem ich erst in der Sitzung erfuhr, doch nicht dem Bundesrat zur Beschließung vorlegen. Es ist auch nicht richtig, daß ich den Antrag Lieber in der Kommission freudig begrüßt hätte. Ich habe vielmehr nach dem Protokoll der Kommission erklärt, daß ich zu einem Kompromiß nicht einmüthig wäre, und nicht ein auf dem Regierungsvorlage festhalte. Der Antrag wurde auch nur mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen, von allseitiger Zustimmung ist also keine Rede gewesen, das Resultat war vielmehr zweifelhaft. Doch bei so ersten Fragen auch mit der allerhöchsten Stelle eine Verständigung erzielt werden muß, ist ganz selbstverständlich. Es haben darüber sehr eingehende Erörterungen und Verhandlungen stattgefunden, von plötzlichen Entschlüssen war nicht die Rede. (Beifall.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antik): Es ist keine angenehme Sache, für eine verlorene Sache zu kämpfen. Ich muß aber eben so gut für meine Sache eintreten wie der Kriegsminister für die seine. (Lachen.) Ich habe in der zweiten Lesung erklärt, daß wir nie für eine verfallene Regierungsvorlage eintreten würden. Wenn die Regierung ein „Unannehmbar“ gesprochen hätte, würde das Centrum auch nachgegeben haben. (Lebhafter Widerspruch und Lachen im Centrum.) Jetzt allerdings haben Sie es leicht, besser zu sein, vor Tisch aber laß man anders. Das kantonische Sod steht hier, Kiche vor will, ich frische nicht mit. (Große Heiterkeit.) Ich erkenne es gerne an, daß das Centrum sehr oft eine nationale Stellung eingenommen hat. Aber dies doch nicht zu einer Diktatur des Centrum führen. Dies ist hier leider noch nicht mit genügender Schärfe betont worden. Ich habe mich nicht getraut, dies zu sagen, denn ich habe kein Wohlwollen zu verlieren. (Heiterkeit.) Hier könnte man das Schillerische Fälligen anführen: Jeder für sich ist klug und geschult, patriotisch, verständlich, und sie alle vereint, gleich wird ein Centrum daraus. (Stürmische Heiterkeit.) Die Leistungsfähigkeit des Volkes soll geprüft werden, aber doch nur, soweit es möglich ist. Die Freilösungen und Sozialdemokraten sind natürlich gegen die Vorlage. Aber wenn einer von ihnen wegen der bisherigen Haltung den alten Kollegen Webel gestraft hätte, würde er genöthigt mit den Worten der alten Berliner Besse sagen: „Es mag wohl sein, es mag wohl sein, es mag wohl sein, doch glücklich Anstich macht es nicht!“ (Stürmische Heiterkeit.) Bedauerlich ist auch die Parteipolitik, die man hier, ich meine natürlich außerhalb des Hauses, eingeschlagen hat. Gegen Kompensationen hätte ich auch nichts einzuwenden. Man hätte zum Beispiel endlich mal etwas für die Militär-Invaliden fordern oder einen Besoldungsparagrafen aufnehmen sollen. Die „Kriegszeitung“ hat unlängst behauptet, ich sei von einem Gegner der zweijährigen Dienstzeit zu einem Anhänger derselben geworden. Das ist nicht der Fall. Ich siehe lediglich auf dem Standpunkte, daß, nachdem der Schritt leider gethan ist und sich wohl nicht mehr zurücknehmen lassen wird, wir Alles thun müssen, um unserem Heere die innerhalb dieses Jahres bestimmungsgemäße Ausbildung zu Theil werden zu lassen. Dazu bedarf uns der geforderten Verstärkung. Wenn der Abg. Nicker darauf hingewiesen hat, daß der Reichskanzler selbst nicht gedient habe, so richte ich an ihn die Frage: Warum hat er denn seinen Dienst nicht genügt? Langehinwünscht ist es jedenfalls nicht gewesen. (Heiterkeit.) In Anbetracht können wir jetzt nicht denken, denn überall sind Funken vorhanden, die einen Weltbrand entzünden können. (Hu, hu! links.) Auch der Nationalitätenkampf in Oesterreich muß und veranlassen, unser Volk zu trennen zu halten. Man kann nicht wissen, ob das Wort von dem vergessenen Bruderhammer nicht wieder einmal lebendig wird. (Stürmische Luft.) Sie können den Schluß für Ihre Verlor leicht herbeiführen, wenn Sie die Hand wölhen mich und Sie bringen. (Heiterkeit.) — Auf: lauter. — Nicker spricht mit sehr lauter Stimme. Ich spreche genau so laut, wie ich es für erforderlich halte; verhalten Sie sich ruhig, dann werden Sie es erleben, daß ich leiser spreche. (Heiterkeit.) Meinen Wünschen entspricht es, wenn jeder wehrfähige Deutsche selbstständig anzureichert würde. Daher bedauere ich, daß die Regierung in diese Richtung nicht geht. Heute vor 11 Jahren hat Deutschland seinen großen Kaiser begraben, heute schließt sich die Gruft für den großen Kaiser des Reiches, und bräutet ein gutes Stück Vertrauen auf die Regierung mitzugeben. Die alte, große Zeit geht zu Grunde, die Zeit der Reptilien beginnt; wir müssen uns damit abfinden. Früher ließ man den nationalen Gedanken lenken vor aller Welt, früher lautete der Wahlspruch: Der Adler weicht der Sonne nicht — neo soli cedat, statt dessen möchte ich für die neue Zeit ein Programm vorschlagen mit der Devise: Es wird fortgewünscht! (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. v. Wangenheim (Soz.): In Folge der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne fast unverständlich) tritt für die Regierungsvorlage ein, verlangt aber auch, daß die Regierung Maßnahmen zum Schutz der Landwirthschaft ergreift.

Abg. v. Tamm (Soz.) tritt jetzt für die Kommissionsbeschlüsse ein, da die Resolution des Abg. Lieber volle Erfüllung der Regierungsvorlage in kurzer Zeit bedeute.

Abg. Dr. Nicker (Soz.) polemisiert gegen den Abg. v. Wangenheim.

Abg. Dr. Sattler (Soz.): Ich habe mir nur das Wort erbeten, um die Anpassungen, welche meine Rede von vorgestern wiederholt erfahren hat, auch wiederholt zurückzuführen. Schon damals habe ich Gelegenheit genommen, mich dagegen zu vernehmen, daß man meine Ausführungen nicht richtig ansetzt. Es ist überhaupt keine Ansetzung mehr, wenn man jüdict, ich hätte dem Reichstage das Recht nehmen wollen, Absätze an Militärforderungen vorzunehmen. Ich habe schon damals festgestellt, daß ich die Frage, ob 7006 Mann mehr oder weniger wichtig sind, für eine militärisch-technische halte, und ich hätte von der Loyalität meiner Kollegen erwartet, daß sie davon Notiz genommen und heute nicht damalige Behauptungen wiederholt hätten, da ich mich aber in dieser Erwartung getäuscht sehe,

so fühle ich mich veranlaßt, meine Bemerkung heute nochmals zu machen: Ich sehe in der Resolution Lieber, daß auch im Kreise seiner Freunde die Uebersetzung herrscht, daß diese Fragen vom militär-technischen Standpunkt aus zu beurtheilen seien und ich werde deshalb mit um so größerem Vergnügen für die Resolution stimmen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Frhr. v. Wangenheim schließt die Generaldebatte. Es folgt die Spezialdebatte. Artikel I. besteht aus 4 Paragraphen.

§ 1 lautet: Der Artikel I. des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, vom 3. August 1893 bleibt mit den durch das Gesetz vom 28. Juli 1896 bestimmten Aenderungen bis zum 30. September 1899 in Kraft.

§ 2 lautet nach dem Kommissionsbeschlusse: Vom 1. Oktober 1899 ab wird die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres als Jahresdurchschnittsstärke allmählich herabgesetzt, bis sie im Laufe des Rechnungsjahres 1903 (statt 1902 in der Regierungsvorlage) die Zahl von 495 500 Gemeinen, Gefreiten und Bergefreien (statt 502 500 in der Regierungsvorlage) erreicht und in dieser Höhe bis zum 31. März 1904 bestehen bleibt. An der Friedenspräsenzstärke sind die Bundesstaaten mit eigener Militärverwaltung nach Maßgabe der Bevölkerungsverhältnisse theilhaftig. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. In offenen Unteroffiziersstellen dürfen Gemeine nicht versetzt werden.

Abg. Nicker (Soz.) bemerkt, daß, wenn die Verhältnisse in den oberen Regionen geänderte wären, der Verlauf der Verhandlung ein anderer gewesen wäre. Das Ansehen der Regierung wäre dadurch nicht gefährdet worden. Im Uebrigen habe der Kriegsminister seine Stellung gewahrt und im Innern eine andere Haltung eingenommen als in der Kommission.

Kriegsminister von Gopler: Nachdem der Centrumsantrag in der Kommission gestellt war, habe ich eine Berechnung vorgenommen. Ich habe aber später bemerkt, daß die im Moment vorgenommene Berechnung sich als falsch erwies. Herr Nicker hätte es natürlich lieber gesehen, wenn ich sofort die Anträge für unannehmbar erklärt hätte. Dann hätte in der „Freisinnigen Zeitung“ am nächsten Morgen gestanden: Die Militärbehörde protestirt den Konflikt, denn die Parteien seien bereit gewesen nachzugeben, aber der Kriegsminister hatte die Anträge für unannehmbar erklärt. Ich wollte aber keine Versehen, und ich kann nach dem ganzen Verlauf der Sache annehmen, daß Herr Nicker durch den Gang der Verhandlungen nicht betrogen ist.

Abg. Nicker bemerkt, daß der Kriegsminister sich selbst widerspreche und daß die Regierung einen Rückzug angetreten und kapitulirt habe.

Kriegsminister v. Gopler erklärt nochmals, daß er den Konflikt habe vermeiden wollen. Er habe eine Politik verfolgt wollen, die zur Einigung führt. Der Erfolg habe gezeigt, daß sein Vorgehen das richtige gewesen sei. Doch er sah selbst widersprochen habe, müsse er bekehren.

Abg. Nicker (Soz., von lebhaftem Lachen begrüßt): Was ist denn für ein Unterschied, ob jemand sagt: „ich muß unbedingt festhalten“, oder: „etwas ist für mich unannehmbar“. (Sehr gut links.)

Hiermit schließt die Debatte. § 2 wird in der Kommissionsfassung angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Volkspartei und der Polen und einiger bairischen Bauernvereine.

§ 3 hat in der Regierungsvorlage folgenden Wortlaut: In Verbindung mit der durch § 2 bezeichneten Erhöhung der Friedenspräsenzstärke ist die Zahl der verbandelten Formationen so zu vermindern, daß am Schlusse des Rechnungsjahres 1902 bestehen:

bei der Infanterie	625 Bataillone,
„ „ Kavallerie	482 Eskadrons,
„ „ Feldartillerie	574 Batterien,
„ „ Fußartillerie	38 Bataillone,
„ „ den Pomieren	26 Bataillone,
„ „ Detachements	11 Bataillone,
„ „ dem Train	23 Bataillone.

Die Kommission hatte statt 482 Eskadrons Kavallerie gefordert 465 Eskadrons Kavallerie und dann eine eigene Position von 17 Eskadrons Jäger zu Pferde (Meldereiter) hinzugefügt.

Die Abg. Lieber u. Gen. (Soz.) beantragen, den § 3 der Regierungsvorlage wiederherzustellen und den nachfolgenden Absatz 2 hinzuzufügen:

In den 482 Eskadrons für die Kavallerie sind diejenigen Formationen inbegriffen, welche zur Erhaltung und Weiterbildung der Spezialtruppe der Jäger zu Pferde (Meldereiter) erforderlich sind.

In dieser Fassung wird § 3 angenommen.

§ 4 lautet in der Kommissionsfassung: In den einzelnen Rechnungsjahren unterliegt die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke nach Maßgabe des § 2 dieses Gesetzes und die Vertheilung jener Erhöhung auf die einzelnen Waffengattungen, ebenso wie die Zahl der Stellen für Offiziere, Bezugs, Beamte und Unteroffiziere der Bestimmung durch den Reichshaushalts-Gesetz.

Die gepunkteten Worte hat die Kommission der Regierungsvorlage hinzugefügt.

Der § 4 wird in der Kommissionsfassung angenommen. Der von der Kommission unverändert gelassene Artikel 2 der Regierungsvorlage lautet:

Für die Zeit vom 1. April 1899 bis zum 31. März 1904 gilt bezüglich der Dienstpflicht folgendes:

Die Bestimmungen der §§ 1, 2 und 4 des Artikels 2 des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, vom 3. August 1893 (zweijährige Dienstzeit) bleiben in Kraft.

Abg. Nicker (Soz.) beantragt dafür folgende Fassung: Für die Zeit nach dem 31. März 1899 bleiben die Bestimmungen der §§ 1, 2 und 4 des Artikels 2 des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, vom 3. August 1893 in Kraft.

Damit wird also Abg. Nicker die zweijährige Dienstzeit dauernd festlegen.

Abg. Wachsmeier (Soz.) erklärt, daß seine Freunde die dauernde Sicherung wollen, aber trotzdem dem Antrag nicht zustimmen würden. Seine Partei glaube, gefügt auf die in den 5 Jahren gemachten Erfahrungen, daß die zweijährige Dienstzeit am besten gefordert werde, wenn man die Schwierigkeiten beseitigt, die ihrer Festlegung entgegenstehen. Deshalb hätten seine Freunde für die Fortdauer der Regierung gestimmt. Die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit hänge in der Hauptsache von der Kopfzahl ab. Man sichere die zweijährige Dienstzeit durch Erhöhung der Präsenzstärke, aber wenn man nur den Wunsch nach gleichlicher Festlegung äußere, ohne etwas dazu zu thun.

Abg. Nicker: Die freisinnige Vereinigung sieht eben auf einen ganz anderen Standpunkt als wir. Auch wir wollen die Schwierigkeiten beseitigen, die der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit entgegen stehen, und wir haben das bewiesen dadurch, daß wir für die Verminderung der Abkommandirungen und die Ersetzung der Defonomebandwerker durch Civilbandwerker die erforderlichen Summen bewilligt haben.

Hierauf wird der Antrag Nicker abgelehnt und Artikel II der Kommissionsfassung angenommen, ebenso der § 3 des Artikels II und Artikel III.

Dieselben lauten: § 3: Mannschaften der Fußtruppen, der fahrenden Feldartillerie und des Trains, welche freiwillig, und Mannschaften der Kavallerie und reitenden Artillerie, welche gemäß ihrer Dienstverpflichtung im stehenden Heere drei Jahre gedient haben, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre.

Artikel III: Gegenwärtiges Gesetz kommt in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnisvertrages vom 23. November 1870 unter III § 5, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21./25. November 1870 zur Anwendung.